

ifo Dresden: Unternehmen riefen weniger Coronahilfen ab als bereitgestellt wurden



Dresden, 17. Juni 2021. Nach gut einem Jahr Coronapandemie haben deutsche Unternehmen weniger Coronahilfen erhalten als die Politik bereitgestellt hatte. Das geht aus einem Bericht der Dresdener Niederlassung des ifo Instituts hervor. „Nur ein Bruchteil der veranschlagten Hilfsmittel wurde an die von der Coronapandemie betroffenen Unternehmen ausgezahlt“, sagt Selina Schulze Spüntrup, Wissenschaftlerin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. „Das hat auch damit zu tun, dass die Anspruchsvoraussetzungen zum Teil recht streng gefasst wurden, um Missbrauch auszuschließen. Zudem war bei der Bereitstellung der Mittel auch nicht klar, wie viele Unternehmen tatsächlich Hilfe in Anspruch nehmen würden.“

Um die finanziellen Folgen der Coronakrise für die betroffenen Unternehmen abzumildern, hatten Bund und Länder diverse Hilfsprogramme aufgelegt. Der Bund hat in Zuschussprogrammen 150 Milliarden Euro bereitgestellt. Hiervon wurden bislang rund 24 Prozent abgerufen. Für die Soforthilfen des Bundes wurden 50 Milliarden Euro veranschlagt, von denen weniger als ein Drittel in Anspruch genommen wurde.

Auch bei den anschließenden Überbrückungshilfen liegt das Volumen der ausgezahlten Gelder deutlich unter den veranschlagten Summen (Überbrückungshilfe I: 5,6 Prozent, Überbrückungshilfe II: 10,4 Prozent, Überbrückungshilfe III: 28,18 Prozent). Von den Novemberhilfen wurden etwa 56 Prozent der verfügbaren Mittel ausgezahlt, von den Dezemberhilfen rund 33 Prozent. Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm, die in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehen, wurden bisher mit einem Gesamtvolumen von rund 46 Milliarden Euro zugesagt.

Der Aufsatz von Selina Schulze Spüntrup und Fabian Wagner mit dem Titel „Förderprogramme in der Coronakrise – Ein Zwischenfazit“ ist in **Heft 03/2021** der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ veröffentlicht. Die Beiträge des Heftes können kostenfrei heruntergeladen werden unter [Download](#)